

nr. 3 – juni / juli 2021

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net Der Einsendeschluss ist Montag, der 2. August 2021.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail des Kinder- und Jugendzentrums »Oase« in der Wallstr. 43. Gewonnen hat Siegfried Schenker. Herzlichen Glückwunsch zum Gutschein und vielen Dank für alle anderen Einsendungen!

Wieder da: Der Luisenstadt-Stammtisch

Lange ging es pandemiebedingt nur online per Newsletter, doch nun kann der Luisenstadt-Stammtisch wieder analog und im Biergarten stattfinden – wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Nette Nachbarn kennenlernen, sich unterhalten, Neuigkeiten austauschen, Ideen entwickeln, Pläne schmieden und vielleicht die eine oder andere Aktion zusammen starten: All das kann man beim Luisenstadt-Stammtisch, der auf die Initiative des Bürgervereins Luisenstadt entstand und der von nun an wieder jeden zweiten Dienstag im Monat ab 18.30 Uhr im Lokal »Rosengarten« (nahe dem Engelbecken, Legien-damm 2 Ecke Heinrich-Heine-Platz) stattfindet. Nach den aktuell geltenden Corona-Regeln (die allerdings angesichts der rapide sinkenden Corona-Zahlen auch schnell gelockert werden können) dürfen sich draußen bis zu zehn Personen aus bis zu fünf Haushalten ohne Test treffen. Daher

ist eine vorherige Reservierung für den Stammtisch notwendig, weshalb man sich rechtzeitig (spätestens bis 17 Uhr am Sonntag zuvor) bei der Organisatorin des Stammtischs, Rosie Kühne, verbindlich anmelden sollte. Es lohnt sich außerdem, sich für den Stammtisch-Newsletter anzumelden, der monatlich per E-Mail ins Haus kommt und über anstehende Themen informiert. Das reicht von kulturellen Veranstaltungen in der Nördlichen und Südlichen Luisenstadt über Aktionen gegen die drohende Verdrängung von Gewerbetreibenden wie dem Buchladen Kisch&Co bis hin zu Gieß- und Pflanzaktionen im Kiez. Alle sind herzlich willkommen! Newsletter-Anmeldung per Mail an rosie.kuehne@web.de

Elektronischer Versand

Sie möchten die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

INHALT

Seite 3 *Wagenplatz Köpi 136 vor der Räumung?*

Seite 4/5 *Waisenbrücke: Brückentag und Wettbewerbsergebnisse*

Seite 6 *Bauvorhaben Postfuhramt*

Seite 7 *Straßen und Grünflächen*

Seite 8 *Neues vom Bürgerverein Luisenstadt*

Seite 9 *Scherbenfestival*

Seite 10 *Schwimmvater Pfuël*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** *Bündnisgrüne Liste für die BVV*

- **Seite 12/13** *Interview mit Bezirksstadträtin Ramona Reiser*

- **Seite 14** *BVV ohne Bertermann*

Seite 15 *Gebietsplan und Adressen*

Seite 16 *Eckensteher + Pflastersteine*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesal, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Mitte August 2021.

Auf Messers Schneide

Steht die Räumung des Wagenplatzes an der Köpi bevor?

Auf dem ersten Blick erscheint das Gerichtsurteil eindeutig. Der Wagenplatz am Hausprojekt Köpi muss unverzüglich geräumt werden, entschied die Richterin nach der Verhandlung am 10. Juni in Moabit. Dennoch ist die Lage nicht klar. Denn die Bewohnerinnen und Bewohner des Areals werden das Grundstück nicht freiwillig räumen, sondern vor dem Kammergericht Widerspruch gegen das Urteil einlegen. Um das Urteil aber dennoch vorläufig vollstreckbar zu machen, müsste die Klägerin laut dem Richterinnen-spruch eine Sicherungsleistung von 200.000 Euro hinterlegen. Ist sie bereit, sie tatsächlich einzusetzen?

Die Zeit ist knapp, denn im November erlischt die Baugenehmigung aus dem Jahr 2015. Nach der festen Überzeugung vieler Beobachter hat der Eigentümer aber gar nicht die Absicht, selber zu bauen. Wer aber kauft ein derart umstrittenes Grundstück? Und ist in der Lage, sofort und unverzüglich mit »bauvorbereitenden Maßnahmen« zu beginnen, um die Baugenehmigung am Leben zu erhalten? Dazu müsste das Grundstück beräumt und die Wagenburg verschwunden sein. Man müsste dieses Stück Berlin aber auch absichern und darauf permanent Präsenz behaupten, obwohl in der direkten Nachbarschaft ein ganzes Haus einem unfreundlich gesinnt ist und man permanent mit Störaktionen aus der internationalen linken Szene rechnen muss. Wie lange soll das funktionieren?

Noch dazu, wenn auf der anderen Seite der Bezirk selbst Kaufinteresse signalisiert. Sowohl das Bezirksamt und auch mehrheitlich die BVV haben sich für den Erhalt der Wagenburg ausgesprochen. Im Falle einer Räumung dagegen müsste der Bezirk wohl Notunterkünfte für viele Dut-



zend Betroffene bereitstellen, die auf dem normalen Wohnungsmarkt ganz sicher nicht auf die Schnelle unterkommen könnten. Zwar gibt es wegen Corona ausreichende Kapazitäten auch an preiswerten Unterkünften – zum Beispiel in den Hostels der unmittelbaren Umgebung. Aber auch dafür wären zigtausende Euro pro Monat fällig, die man in einen Grundstückserwerb besser investieren würde. Zudem würde eine Räumung die linksradikale Szene in ganz Europa mobilisieren, was nicht ohne Folgen für die Wahl am 26. September bliebe. Ein politisches Interesse daran, eine derartige Eskalation zu vermeiden, ist also auch außerhalb des Bezirks Mitte vorhanden.

Denn keiner weiß, welche Themen eine Räumung der Wagenburg an die Öffentlichkeit spülen würde. Die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse des Grundstücks sind nämlich schwer zu durchblicken. Im Prozess trat eine Firma namens »Startezia GmbH« als Klägerin auf, eine Briefkastenfirma, die von der »Sanus AG« kontrolliert wird, von der man wiederum nicht so genau weiß, wem sie wiederum gehört. Zu ihr und zu ihrem offiziellen Vorstand Siegfried Nehls gibt es jedoch reichlich dubiose Ungereimtheiten, die Unterstützerinnen und Unterstützer auf der Website zur Köpi ausführlich dokumentieren. Betrugsvorwürfe gehören dazu ebenso wie Steuerschulden in Millionenhöhe. In diesem Zusammenhang könnte eine Räumung in aller Öffentlichkeit auch Themen in die Debatte bringen, die manche Parteien lieber aus dem Wahlkampf heraushalten würden: Geldwäsche etwa, oder der Umgang mit dem unredlich erworbenen Vermögen krimineller Organisationen in Deutschland. Das wird bei uns nämlich gerne in Immobilien angelegt. In Berlin, so schätzt der Finanzexperte Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit, wird die tatsächliche Eigentümerschaft jedes 10. Miethauses verschleiert.

Auch beim Räumungsprozess am 10. Juni blieb die Identität der eigentlich handelnden Personen im Dunkeln. Der offizielle Geschäftsführer der klagenden »Startezia GmbH« war nicht erschienen – manche vermuten, weil er in Wirklichkeit gar nicht existiert. Seine Unterschrift auf der Prozessvollmacht der Anwälte unterschied sich jedenfalls erheblich von der auf älteren Dokumenten, weshalb ihre Gültigkeit vom Rechtsanwalt der Köpi angezweifelt wurde. Das wurde vom Gericht jedoch nicht als so erheblich erachtet, dass es eine Vertagung des Prozesses bis zur Vorlage eines graphologischen Gutachtens rechtfertigen würde. Stattdessen verhängte es die 200.000 Euro Sicherungsleistung, die vorgestreckt werden müssen, um das Urteil vollstreckbar zu machen.

Die große Frage ist daher: Bekommt die Briefkastenfirma diese Summe zusammen oder verkauft sie doch lieber an den Bezirk bzw. an eine von ihm benannte Stiftung? cs



Allianz für eine Brücke

Am 14. Mai wurde mit einem »Brückentag« für den Aufbau einer neuen Waisenbrücke über die Spree geworben

Es war ein konzertierter und auch spektakulärer Aktionstag (soweit die Pandemie-Regeln das eben zuließen), mit dem am 14. Mai, eben einem Feiertagsbrückentag, für den Wiederaufbau der Waisenbrücke am historischen Ort geworben wurde – oder vielmehr: eine neue Waisenbrücke, denn eine Rekonstruktion des nach dem Krieg abgerissenen Bauwerks fordert niemand. Wohl aber eine neue Fuß- und Radwegverbindung zwischen dem Quartier um das Märkische Museum und dem Klostersviertel am gegenüberliegenden Spreeufer.

Seit sechzig Jahren fehlt in Berlins Mitte die Waisenbrücke als eine der ältesten direkten Verbindungen über die Spree. Um diese Lücke zwischen den historischen Quartieren rund um den Molkenmarkt (Alt-Berlin) und den Köllnischen Park (Luisenstadt) zu schließen, wurde schon 2011 unter Beteiligung der Bürger:innen ein Neubau am ehemaligen Standort als Sanierungsziel für die Nördliche Luisenstadt beschlossen: als modernes Bauwerk für den Fuß- und Fahrradverkehr, das den Erfordernissen einer wachsenden, klimafreundlichen und zukunftsgerichteten Stadt entspricht.

Jedoch wurde eine Realisierung bislang von der zuständigen Senatsverwaltung in weite Ferne gerückt mit dem Argument, zunächst seien für neue Brücken keine Gelder vorhanden, da es genügend marode Bestandsbrücken gäbe,

deren Instandsetzung Vorrang vor einem Brückenneubau habe (was so nicht ganz stimmt, da ja auch andernorts neue Brücken entstehen, z.B. in der Europa-City).

»Allianz Neue Waisenbrücke« fordert Neubau bis 2025

Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, der Bürgerverein, die Stiftung Stadtmuseum Berlin und etliche andere Initiativen wollen sich jedoch nicht weiter verströmen lassen, sondern machen mit unterschiedlichen Aktionen auf ihr Anliegen aufmerksam. U.a. gründeten sie das breit aufgestellte Bündnis »Allianz Neue Waisenbrücke«, das in einem Aufruf den Bau einer neuen Waisenbrücke bis zum Jahr 2025 vom Senat fordert.

Desweiteren wurde am 14. Juni ein »Brückentag« als Aktionstag organisiert. Dessen Highlight war die symbolische Bildung einer Brücke durch mehrere Schiffe auf der Spree, die sich in einer Linie formierten. Im Youtube Channel des Stadtmuseums ist das eindrucksvolle Ereignis samt vielen Kommentaren als Video unter dem Titel »Neue Waisenbrücke – Berlins historische Quartiere wieder verbinden« veröffentlicht.

Gewinner des Brückenwettbewerbs »Let's Build Berlin« stehen fest

Am 15. März hat das Stadtmuseum Berlin zusammen mit dem Computerspiel-Publisher Paradox Interactive den digitalen Wettbewerb »Let's Build Berlin« ausgelobt. Damit wollten die Initiatoren auf spielerische Weise kreative Impulse für den Bau einer neuen Brücke zwischen den zertrennten Berliner Innenstadtquartieren Klostersviertel und Nördliche Luisenstadt geben. Die internationale Community des Computerspiels »Cities: Skylines« war aufgefordert, eine neue, zeitgemäße Spreeüberquerung am Stand-



ort der ehemaligen Waisenbrücke sowie das Areal rund um das benachbarte Märkische Museum zu gestalten. Zahlreiche kreative und ambitionierte Entwürfe wurden eingesendet, von denen es die besten 13 in die engere Jury-Auswahl schafften. Die Gewinner wurden am symbolisch gewählten Brückentag zwischen Christi Himmelfahrt und dem Wochenende von einer hochkarätig besetzten Jury ausgezeichnet. Die spannenden Entwürfe zeigen, wie eine zeitgemäße Spreeüberquerung am Standort der ehemaligen Waisenbrücke aussehen kann.

Begrünte Brücke für den Fuß- und Radverkehr

Den Hauptpreis in der Kategorie »Neue Waisenbrücke« hat der Teilnehmer »Essad« gewonnen, der im echten Leben Robert heißt und in Südschweden lebt. Sein Entwurf einer begrünten Brücke für den Fuß- und Radverkehr (siehe Abbildung oben) hat die Jury vor allem wegen der witterungsgeschützten Überquerung der Spree für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie wegen der cleveren Einbindung der Radwege in das bestehende Straßennetz überzeugt. Die Brücke ist wie ein Park gestaltet und in zwei verschiedene Ebenen aufgeteilt. Auf der oberen Ebene befindet sich ein Weg für die Fußgängerinnen und Fußgänger, auf der unteren sind zwei Ebenen für den Fahrradverkehr vorgesehen – jeweils für eine Richtung. Auch das Areal rund um das Märkische Museum hat Essad neugestaltet – mit viel Grün und als autofreie Zone. Für Anwohnerinnen und Anwohner sowie für Besucherinnen und Besucher des Areals am Köllnischen Park ist eine Tiefgarage vorgesehen. Am Märkischen Museum führt eine neue Tram-Linie vom Hackeschen Markt vorbei, die die im Bezirk Mitte gelegenen Standorte des Stadtmuseum Berlins miteinander verbindet.

Der Gewinner des Hauptpreises erhält ein Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro, der Gewinner der Kategorie »Areal rund um die Waisenbrücke« 500 Euro. Hier überzeugte die Jury der vom Teilnehmer »Sully« eingereichte Entwurf einer Brücke als Straßenbahntrasse, die bis zum Hauptbahnhof führt. Am Märkischen Museum soll dem Entwurf zufolge ein Marktplatz entstehen. Auch die Zweit- und Drittplatzierten beider Kategorien erhalten Preisgelder sowie attraktive Sachpreise. Prämiert wurden die einfallreichsten und überraschendsten Entwürfe von einer elfköpfigen Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kultur, der Bürgerschaft, der Stadtplanung und der Gaming-Community. Jurymitglieder waren Ephraim Gothe (Bezirksstadtrat), Andreas Bachmann (KoSP GmbH), Dr. Nele Güntheroth (Stadtmuseum Berlin), Volker Hobrack (Betroffenenvertretung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt), Dr.-Ing. Stefan Lehmkuhler (Changing Cities e.V.), Prof. Wolfgang Maennig (Berlin-Brandenburgische Schifffahrtsgesellschaft e.V.), Dr. Ute Müller-Tischler (Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte im Bezirksamt Mitte), Bettina Quäschning (visitBerlin), Manfred Rettig (Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Berlin e.V.), Prof. Dr. Mike Schlaich (TU Berlin, Institut für Bauingenieurwesen), Robert Vasile alias »Skibitth« (Gaming-Community), Jonathan Whitley (Paradox Interactive).

Die Preisverleihung wurde am 14. Mai 2021 per Live-Stream übertragen.

Links zum Brückentag-Video, zu den Siegerentwürfen des Wettbewerbs sowie zum Aufruf der »Allianz Neue Waisenbrücke« findet man unter www.stadtmuseum.de/aktuelles/lets-build-berlin



Erste Bauarbeiten schon ab Sommer

Auf dem Gelände des früheren Postfuhramts soll ein neues Quartier entstehen

Derzeit sieht es das Areal des ehemaligen Postfuhramts im östlichen Melchiorblock (zwischen Köpenicker, Melchior-, Adalbertstraße und Engeldamm) noch deprimierend verwahrlost und vermüllt aus. Insgesamt hat sich der Zustand der noch vorhandenen historischen Gebäude, darunter die ehemalige Generatorenhalle, weiter verschlechtert. Doch schon bald könnte hier eine rege Bautätigkeit beginnen.

Wie bereits berichtet, plant ein irischer Investor auf dem historischen Areal ein großes Bauprojekt unter teilweiser Einbeziehung der historischen Substanz. Die künftige Mischnutzung soll sich aus mehr als 40 % Wohnen und etwas mehr als 50 % Büro-, Handels-, Gastronomie- und Kulturnutzungen sowie einer Kita mit 45 Betreuungsplätzen zusammensetzen. Insgesamt sind 195 größere und kleinere Wohneinheiten sowie ca. 12.000 qm Bürofläche geplant. Im Erdgeschossbereich der Köpenicker Straße sind Einzelhandelsflächen vorgesehen. Auch gastronomische Nutzungen sollen auf dem Areal Platz finden. Die imposante Generatorenhalle soll aufgestockt und nach Fertigstellung für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt werden. Das Konzept ist mit dem Bezirk abgestimmt. Bereits im Sommer sollen, wenn alles klappt, die bauvorbereitenden Maßnahmen beginnen, der eigentlich Bau soll dann ab Herbst erfolgen. Derzeit wird noch geprüft, ob einzelne Gebäudeteile des historischen Komplexes unter Denkmalschutz gestellt werden.

Die Planung ist nicht neu: Bereits 2013 hatte ein umfassendes und auch mit der Stadt abgestimmtes Entwicklungskonzept des Eigentümers und Investors vorgelegen. Doch weil sich das Grundstück im Umfeld des Galvanisierungs-

betriebs OTEK mit daraus resultierenden umweltbedingten Bebauungsrestriktionen (Seveso-III-Richtlinie) befand, konnte damals das Konzept nicht realisiert werden. 2018 fielen jedoch diese Restriktionen weg, so dass der Investor und Grundstückseigner die Planung von 2013 wieder aufnehmen und zur Bauantragsreife entwickeln konnte.

Zur Realisierung des Konzepts werden zahlreiche Bau- und Erneuerungsmaßnahmen notwendig. Vorgesehen sind der Abriss von vier Fahrzeughallen und mehreren Remisen sowie die Sanierung bzw. der Wiederaufbau von drei historischen Gebäuden und die Errichtung von sechs neuen Wohn- und Geschäftshäusern, u.a. eine geschlossene Bebauung an der Köpenicker Straße 131–132. Die zentrale Generatorenhalle und das Pfortnerhäuschen an der Melchiorstraße werden für künftige Nutzungen saniert und umgebaut. Das Torhaus an der Zufahrt zur Melchiorstraße muss allerdings wegen des schlechten baulichen Zustands abgerissen und nach historischem Vorbild neu errichtet werden.

Angesichts der zu erwartenden massiven Bautätigkeit haben allerdings sowohl Anrainer als auch die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt Sorge, dass die angrenzenden Bauten Schaden nehmen könnten – durch Risse, Absenkungen u.ä. Schließlich befindet sich der Block auf nicht ganz unkompliziertem Grund, nämlich im Schwemmland der Spree, bevor sie künstlich umgelenkt wurde. Deshalb, so die Betroffenenvertretung, sei es notwendig, hier möglicherweise Sicherungsmaßnahmen für die benachbarten Grundstücke zu prüfen.

Aus diesem Grund fand Anfang Juni eine Ortsbesichtigung statt, an dem sich einige Mitglieder Betroffenenvertretung und Nachbareigentümer mit dem Architekten des Postfuhramt-Projekts trafen. Hauptziel der Begehung war eine Information darüber, wie die sogenannten Beweissicherungsverfahren ablaufen. Diese sollen bis Juli 2021 durchgeführt werden. Dabei wird der Ist-Zustand der bestehenden Substanz erfasst, um später Schäden, die möglicherweise durch die Bautätigkeit entstehen könnten, nachweisen zu können.

Geplant ist die Organisation einer Infoveranstaltung auf dem Gelände für die Nachbarschaft. us

*Die Website der Betroffenenvertretung: www.luise-nord.de
Umfangreiches Material zur Geschichte des Postfuhramts findet man u.a. auf www.kopenicker-strasse.de/Postfuhramt*

Gegen die Müllflut in Grünanlagen

Bezirk ruft zur Nutzung von Mehrwegverpackungen auf

In diesem Jahr ist es besonders schlimm: Die Müllflut in unseren Parks und auf Grünflächen türmt sich regelmäßig zu regelrechten Bergen zusammen. Denn weil aufgrund der Pandemie gastronomische Angebote nur eingeschränkt direkt vor Ort nutzbar waren (bzw. noch sind), wurde extrem viel auf Parkbänken konsumiert. Die in den Grünanlagen aufgestellten Papierkörbe und Mülleimer reichten oftmals nicht aus, um den Verpackungsmüll aufzunehmen. Schon in normalen Jahren fallen im Bezirk Mitte in den Frühjahrs- und Sommermonaten wöchentlich etwa 18 Tonnen Müll allein in den Grünanlagen an. Darauf weist das Straßen- und Grünflächenamt in einer Presseerklärung hin. Etwa 30 Arbeitskräfte sind von montags bis freitags allein mit dem Aufsammeln und Abtransportieren beschäftigt. Vor allen an Wochenenden landen darüber hinaus große Mengen Müll in der Vegetation. Diese Müllflut verursacht hohe Kosten. Pro Monat gibt Mitte ca. 30.000 Euro für die Entsorgung aus. Dazu kommen weitere rund 6000 Euro, die dem Bezirk durch Schäden an Bänken, Mülleimern, Spielgeräten und durch zerstörte Beete entstehen. Diese Gelder fehlen bei der Pflege und Entwicklung der Grünanlagen.

Der Bezirk appelliert, das Müllaufkommen zu reduzieren. Er unterstützt Systeme von Mehrwegverpackungen für Handel und Gastronomie und ruft dazu auf, saubere Verpackungen selbst mitzubringen und befüllen zu lassen. So lasse sich Müll vermeiden, die Umwelt schonen und Entsorgungskosten senken.

Gespinnste meist ungefährlich

Anfang Juni sind in mehreren Grünanlagen Gespinnste an Gehölzen aufgetreten. Dabei, so informiert der Bezirk, handelt es sich meist um die Nester von Gespinnstmotten, die sich bei der warmen und trockenen Witterung ausbreiten. Gespinnstmotten sind im Gegensatz zum Eichenprozessionsspinner für Menschen ungefährlich. Die unbehaarten, meist gelblich gefärbten Raupen mit schwarzen Punkten lösen keine allergischen Reaktionen aus. Nachdem die Motte abgewandert ist, treiben die betroffenen Gehölze in den meisten Fällen von selbst wieder aus. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist wirkungslos. Die Eichenprozessionsspinner, deren Haare bei Menschen gefährliche allergische Reaktionen auslösen können, tritt dagegen ausschließlich an Eichen auf. Im jungen Entwicklungsstadium sind sie orangebraun gefärbt, später tragen sie einen dunklen Streifen auf dem Rücken, sind an der Seite grau-blau gefärbt und haben eine gelbliche Bauchunterseite. Stellt das Straßen- und Grünflächenamt einen Befall mit dem Eichenprozessionsspinner fest, werden die Nester umgehend durch ein Fachunternehmen beseitigt.



Spreeuferweg

Eigentlich sollte der alljährlich bundesweit stattfindende »Tag der Städtebauförderung« am 8. Mai besonders gefeiert werden, schließlich gab es in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum: Seit nunmehr 50 Jahren gibt es die Städtebauförderung und damit verbundene Finanzierungsprogramme des Bundes. In der Nördlichen Luisenstadt war für den 8. Mai ein gemeinsamer Rundgang entlang des

künftigen provisorischen Spreeuferweges geplant. Doch wegen der zu diesem Zeitpunkt noch geltenden Corona-Bundesnotbremse musste die Veranstaltung leider vertagt werden. Stattdessen wurde ein großes Banner am Ende des Wilhelmine-Gemberg-Weges angebracht, angefertigt vom Prozesssteuerer KoSP GmbH. Es dokumentiert den detaillierten Wegeplan mit allen hier vorgesehenen Erneuerungsmaßnahmen, so dass man sich künftig jederzeit darüber informieren kann. us

Neues vom Bürgerverein Luisenstadt

Sorge um Kisch & Co.

Der Bürgerverein Luisenstadt verfolgt schon seit längerem mit Sorge die Entwicklungen in der Südlichen Luisenstadt, also im Kreuzberger Teil. Dort ist derzeit eine massive Verdrängung nicht nur von Mietern, sondern auch von Gewerbe und Kultur zu beobachten – etwa in der Oranienstraße 25. Dort trifft es u.a. die renommierte Buchhandlung »Kisch & Co«, die möglicherweise schon im Juni ihre angestammten Räume verlassen muss, nachdem der neue Eigentümer vor Gericht einen Räumungstitel erwirkt hat. Er könnte noch im Juni vollstreckt werden. Im nächsten Jahr hätte »Kisch & Co.« Sein 25-jähriges Bestehen in der Oranienstraße 25 gefeiert.

Das Gewerbehaus in der Oranienstraße 25, in dem auch die »neue Gesellschaft für bildende Kunst« (nGbK) und das »Museum der Dinge« (Werkbund-Archiv) ihren Sitz haben, ist ein kulturelles Zentrum im Kiez. Bis zum vergangenen Jahr gehörte es der Berggruen Holdings GmbH des US-Milliardärs Nicolas Berggruen, dem Erben des Kunstsammlers Heinz Berggruen. Die Berggruen Holding jedoch hatte so gar keinen Sinn für Kultur, sondern mehr fürs Geld, und wollte schon 2017 den Buchladen durch einen Designer-Brillenladen ersetzen. Der verzichtete aber dankend, als massiver öffentlicher Protest laut wurde.

Auch Berggruen wollte sich offenbar nicht länger mit dem renitenten Kreuzberger Völkchen anlegen, sondern verkaufte die 4000 qm große Immobilie weiter – für satte 35,5 Millionen Euro. Anfang 2021 erfuhren die Mieter, dass das Haus an Victoria Immo Properties V S.a.r.l., einen Luxemburger Fonds, verkauft wurde. Dieser habe, so sagen es die Mieter, keinen Zweifel an seinen rein ökonomischen Verwertungsinteressen aufkommen lassen. Schließlich muss der exorbitante, völlig überhöhte Kaufpreis nun refinanziert werden, und zwar über Mieterhöhungen. Ein hier ansässiges Architekturbüro etwa sollte nach einer Vertragsverlängerung das Dreifache des bisherigen Mietpreises zahlen. Und natürlich kann auch eine Kiezbuchhandlung keine Wuchermieten aufbringen.

Auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt ist ein Gespräch mit dem Inhaber der Buchhandlung Thorsten Willenbrock über die Situation der Buchhandlung und Entwicklungstendenzen in der Kreuzberger Luisenstadt veröffentlicht.

www.buergerverein-luisenstadt.de

Unter dieser Adresse Sie auch viele weitere Informationen und Berichte, u.a. zu historischen Themen.

Gemeinsam Bäume gießen

Der Hochsommer kommt, und mit ihm die Trockenheit. Die AG »Grün für Luise« des Bürgervereins Luisenstadt ruft daher zum gemeinsamen Gießen auf: so sollen u.a. auch die Bäume am Heinrich-Heine-Platz, die seit Pfingsten Bewässerungssäcke haben, im Verlauf des Sommers

regelmäßig befüllt werden. Ebenso soll regelmäßig am Michaelkirchplatz gewässert werden. Helfer sind immer herzlich willkommen!

»Grün für Luise« lädt ein zum gemeinsamen Bäume gießen in der Nördlichen Luisenstadt:

– Am Michaelkirchplatz: jeweils mittwochs um 17 Uhr: 23.06., 14.07., 04.08., 25.08. und 15.09.

– Am Heinrich-Heine-Platz: jeweils sonntags um 17 Uhr: 04.07., 25.07., 15.08., 05.09., 26.09.2021

Und natürlich freut sich jeder Baum und Strauch im Gebiet auch abseits der Plätze über einen Eimer Wasser!

Virtueller Spaziergang

Wegen der Bundesnotbremse musste der eigentlich geplante öffentliche Vor-Ort-Termin zum künftigen Grünzug entlang der Michaelkirchstraße am 29. April (auch in dieser Zeitung angekündigt) kurzfristig ins Internet verlagert werden und fand digital als Zoom-Konferenz statt. Etwa 30 Personen nahmen teil, darunter Vertreterinnen der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) und der Wohnungsbaugenossenschaft Berolina.

Wie berichtet, soll der südliche Abschnitt der Michaelkirchstraße verkehrsberuhigt und der Grünraum in Verbindung mit dem Straßenraum aufgewertet werden. Dazu hat das Bezirksamt Mitte ein Planungskonzept in Auftrag gegeben. Mit der Entwicklung der Planung wurde das Landschaftsarchitekturbüro bgmr beauftragt – und das wollte bei diesem Termin Anwohnerinnen und Anwohner nach ihren Vorstellungen und Ideen befragen.

Nach einer Vorstellung des bisherigen Projektstands hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, entlang mehrerer Abschnitte des geplanten neuen Grünzugs den Landschaftsplanerinnen und -planern ihre Anregungen, Wünsche oder Kritik mitzuteilen. Ein gelungener Termin, jedenfalls aus Sicht des Bürgervereins Luisenstadt. Alle Vorschläge wurde aufgenommen und werden nun zu einem Gesamtkonzept »verarbeitet«. Noch vor den Sommerferien soll das Resultat präsentiert werden – auch an dieser Stelle. us



Ch. Eckelt

Ein Scherben-Festival

Untrennbar mit Kreuzberg verbunden: Rio Reiser (1950–1996) und die Band Ton Steine Scherben

Dieser Tipp führt in den Kreuzberger Teil der Luisenstadt – ein Weg, der einem nicht zu weit sein sollte, wenn man die Musik von Rio Reiser und seiner Band Ton Steine Scherben mag.

Untrennbar ist Rio Reisers Name wie auch sein Leben mit Kreuzberg verbunden, der raue Sound seiner Musik und »der Scherben«, wie die Band kurz genannt wurde, begleitete die Westberliner Hausbesetzerbewegung der 80er – Reisers Songs waren voller Poesie, Rebellion, Utopie, Zärtlichkeit, Radikalität – und manches ist heute vielleicht aktueller denn je. Einer der bekanntesten ist wohl der »Rauch-Haus-Song« (»Das ist unser Haus ...«), der 1971 während der Besetzung des ehemaligen Schwesternwohnheims des Bethanien-Krankenhauses am Mariannenplatz entstand. Das Haus wurde von den Besetzern nach dem Berliner Stadtguerillero Georg von Rauch benannt, der wenige Tage zuvor nach einem Schusswechsel mit der Polizei gestorben war.

Zwei Jubiläen waren im Juni zu feiern: In diesem Jahr wäre Rio Reiser siebzig Jahre alt geworden, und Ton Steine Scherben wurden vor 50 Jahren gegründet. Aus diesem Anlass sollte eigentlich Anfang Juni im Rahmen eines großen Festivals feierlich der Kreuzberger Heinrichplatz in Rio-Reiser-Platz umbenannt werden. Gegen die Umbenennung laufen aber noch einige Einwände von Bürgern, die auf ihren gewohnten »Heini« nicht verzichten möchten (wobei man sich ja auch ganz gut »am Rio« treffen könnte). Doch trotz dieser Verzögerung fand das Festival statt. Mit einem Film im Freiluftkino Hasenheide, einem Jubiläumskonzert Open-Air am Spreeufer am Funkhaus Nalepastraße am 11. Juni und einem Konzert mit Live-Stream am 12. Juni im SO 36 starteten die kulturellen Events, am Samstag, dem 12. Juni gab es zudem eine Demonstrationsperformance mit dem Theaterkollektiv »Hysterisches Globusgefühl« (in Erinnerung an das Hoffmanns Comic Theater, ein Straßentheater, das Reiser 1964 mit seinen Brüdern und Freunden gegründet hatte).

Zudem gehörten Ausstellungen, Stadtspaziergänge und -führungen, Lesungen, ein »Popwissenschaftliches Quartett« und weitere Gesprächsrunden ebenfalls zum opulenten Programm, das noch längst nicht beendet ist.

So ist noch bis zum 30. Juni die Fotoausstellung »Liebe Tod Hysterie« zum Theaterstück der Roten Rübe zu sehen. Die in den 80er Jahren berühmt gewordene Scenes & Tribes-Fotografin Ilse Ruppert zeigt ihre Bilder von der Premiere der Zirkus-Show »Liebe Tod Hysterie« des Münchner Polittheaterkollektivs Rote Rübe. Das Stück, eine Zusammenarbeit von Ton Steine Scherben und Rote Rübe, eröffnete 1977 – mitten im Deutschen Herbst – das 1. internationale Festival der freien Theater in einem Zirkuszelt in München.

(Galerie ZeitZone, Adalbertstr. 79, 10997 Berlin, bis 30. Juni)



Noch bis 4. Juli ist in der Browse Gallery die zweiteilige Foto-Ausstellung »Wenn die Nacht am tiefsten – Ton Steine Scherben in ihrer Zeit« zu sehen, die sich mit der Entstehung, dem Antrieb, der Entwicklung und Nachwirkung der Band auseinandersetzt. Im Rondell vor dem Kunstquartier Bethanien sind die »Scherben« in ihrer Zeit in der Foto-Installation Open-Air zu sehen. Im Projektraum des Bethanien wiederum machen Installationen, Objekte und Fotografien Erfahrungs- und Entwicklungsmomente der Band erlebbar, kommentiert von Mitgliedern der Band, der Scherben-Community und anderen Zeitgenossen in kurzen Text-, Audio- und Videostatements.

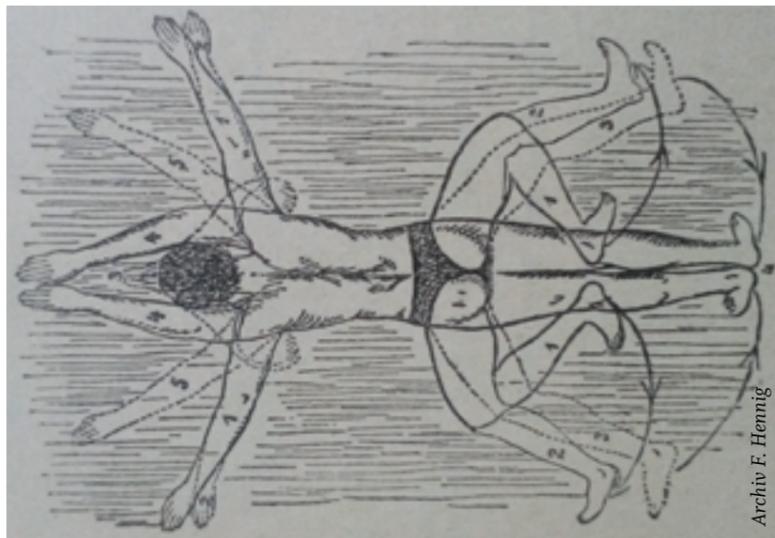
(projektraum, Kunstquartier Bethanien und Open Air Installation vor dem Bethanien: Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, noch bis 4. Juli. Öffnungszeiten: Di–So 13–19 Uhr, Eintritt: frei)

Am Samstag, dem 26. Juni, wird nochmals zum Stadtspaziergang »Musik ist eine Waffe« eingeladen. Hier kann man Kreuzberg – von der Admiralbrücke bis zum Mariannenplatz – auf den Spuren von Ton Steine Scherben erkunden, vorbei an Orten, mit denen die Band in Verbindung steht.

(Treffpunkt: Nordostecke der Admiralbrücke, Sa. 26. Juni, 14 Uhr)

Und last but not least finden anlässlich des Todestages von Rio Reiser am 14., 20. und 21. August die traditionellen Dampferfahrten auf der Spree und dem Landwehrkanal statt. Unter dem Motto »Scherben bringen Glück« bekommt man dabei vom Wasser aus noch einmal einen ganz anderen Blick auf Ton Steine Scherben und ihren Platz in Berlin. Auf den jeweils dreieinhalbstündigen Fahrten kann man Geschichten, Lesungen aus Büchern und Interviews lauschen, die anhand der Orte, die passiert werden, einen Teil der Bandgeschichte zum Leben erwecken. Dazu spielen »Kai & Funky von Ton Steine Scherben mit Gymmick«, Kommunemitglieder und Gäste live auf dem Schiff die passende Musik.

Ort: »MS Spree-Comtess«, Abfahrt ab Hansabrücke, 10555 Berlin-Hansaviertel, 14., 20. und 21. August, jeweils 18.30–22.00 Uhr, Eintritt: 38 €



Schwimmvater Pfuel am Oberbaum

Die erste deutsche Schwimmschule

Ich muss es zugeben: Ich bin ein schlechter Schwimmer. Ich kann nicht einmal kraulen, nur Brustschwimmen. Der Grund ist, dass Brustschwimmen den Kindern in Deutschland zuerst beigebracht wird, und wer später zu faul ist, dem geht es wie mir.

Wer das Brustschwimmen als Erster erfunden hat, weiß man nicht. Aber schon in der frühesten Zeit der Menschheit waren Frösche die Vorbilder für diese Kulturtechnik. Nikolaus Wanmann beschrieb sie 1538 im ersten Schwimmbuch der Welt *Colymbetes, Sive De Arte Natandi*. Aber dieses Wissen geriet in Vergessenheit. Ein preußischer General der Infanterie erfand das Brustschwimmen neu und verbreitete es von der Luisenstadt aus.

Es war Ernst von Pfuel, geboren 1779 auf dem Gut Jahnsfelde, gestorben 1866 in Berlin. Mit Kleist war er befreundet gewesen, der war sogar ziemlich in ihn verschossen, was man bei Pfuels muskulösem Schwimmerkörper vielleicht gut verstehen kann. Pfuel war aber mehr an Fröschen als an anderen Männern interessiert und ihm kam die Erleuchtung, dass Menschen so schwimmen müssten wie Frösche. Ähnelte nicht der Froschleib mit seinen langen Hinterbeinen und den mit fingerartigen Zehen verlängerten Vorderbeinen dem des menschlichen Schwimmers? Als er am Oberbaum die erste Schwimmschule Deutschlands eröffnete, wurde auch dort Brustschwimmen gelehrt – und ich und alle anderen, die nicht kraulen können, müssen es bis heute ausbaden.

Im Laufe seines Lebens war Ernst von Pfuel unter anderem Kommandant von Köln und Paris, Gouverneur von Berlin, preußischer Ministerpräsident und Kriegsminister. Wenn wir von Turnvater Jahn sprechen, dann verdient Pfuel den Titel Schwimmvater. Er war ein Schüler eines anderen Turnvaters, nämlich von Johann Christoph Friedrich Guts-

Schwimmen wie ein Frosch nach Ernst von Pfuel.

Muths, von dem das Zitat überliefert ist: »Bisher ist das Ertrinken Mode gewesen, weil das Schwimmen nicht Mode ist.«

Von Pfuel brachte das Brustschwimmen in Mode. Denn 1817 gründete er die Pfuelsche Schwimmanstalt zu Berlin, wo er seine vom Frosch abgeschauten Schwimmlehre lehrte. Einer seiner Angestellten war Wilhelm Auerbach, der später unter anderem das Wellenbad im Plötzensee betrieb und mit dem Auerbach-Salto Unsterblichkeit errungen hat.

Es gab durchaus auch viele Spreebäder am Unterlauf der Spree, die aber den Nachteil hatten, dass der Fluss dort bereits durch Berlin geflossen und mit den Abwässern der Großstadt gesättigt war. Die Badegäste der Pfuelschen Schwimmschule machten sich über die Schwimmer am Unterbaum lustig: Sie würden, wenn sie dort aus dem Wasser stiegen, eine tote Katze auf dem Rücken herumtragen. Im »Lehrbuch der Schwimmkunst: für Turner und andere Freunde der Leibesübungen und zur Benutzung in Schul- und Militär-Schwimmanstalten« von Hermann Otto Kluge aus dem Jahr 1870 gibt es eine Beschreibung der Anlage, die aus einem großen und einem kleinen Bassin bestand: »Die Schwimmanstalt selbst ist, ganz auf Pfählen ruhend, von Holz in die Spree gebaut. Die Pfähle sind durch Rahmen unter sich verbunden, worauf Balken liegen, welche mit Dielen belegt sind. Zur Anstalt führt eine auf Pfählen ruhende Dielenbrücke, theilweise mit Geländer.«

Die Schwimmlehrer erhielten jeder eine bunte Jacke und eine Strohkappe, Hosen und Schuhe mussten sie sich selber anschaffen. Verboten in der Anstalt waren das Untertauchen oder Necken anderer und das Schwimmen ohne Schwimmhosen. Für das Schwimmdiplom hatten die Prüflinge die Spree nach Friedrichshain und wieder zurück zu schwimmen. Diese Prüfung ist wahrscheinlich die einzige, die von einem Komponisten vertont wurde, nämlich von Felix Mendelssohn-Bartholdy im Lied »Stromübergang«. Heute noch kann man erkennen, wo sich die Pfuelsche Schwimmschule befand, und zwar gegenüber der Zeughofstraße in der Köpenicker Straße 12 an dem einzigen Teil des Spreeufers, das bis heute nicht befestigt ist. Es war das beliebteste und wichtigste Bad im Berlin des 19. Jahrhunderts und existierte bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Tatsächlich hielt es sich auch am längsten von allen privaten Berliner Bädern und wurde erst 1933 geschlossen. Das Pfuelsche Bad war Vorbild für alle weiteren Badeanstalten der folgenden Jahrzehnte – so wie auch Pfuels Brustschwimmen.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zu Fahrten oder Spaziergängen »Engel, Flieger & Genossen« durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, täglich 15 Uhr, 2h / 12,- Euro min. 5 Teilnehmer, Anmeldung erforderlich (0176) 20 21 53 39.

Grüner Neuanfang

Fast nur Neue in der künftigen BVV

*Generationswechsel bei Bündnis 90 / Die Grünen: Am letzten Maiwochenende stellten die Partei im Poststadion ihre »BVV-Kandidat*innen-Liste« auf. Darauf finden sich fast nur noch neue Gesichter. Selbst alte Haudegen der Bezirkspolitik wie der gegenwärtige Vorsteher der BVV, Frank Bertermann, sind dort nicht mehr präsent. Bleibt mit dem Neustart der voraussichtlich stärksten Fraktion der kommenden BVV die kommunalpolitische Erfahrung auf der Strecke?*

Zwar stehen auf den Top-Listenplätzen eins und zwei mit Laura Neugebauer und Stephan von Dassel erfahrene grüne Politikprofis. Von Dassel hat aber beste Chancen, wieder Bezirksbürgermeister zu werden. Und Laura Neugebauer kandidiert gleichzeitig für das Abgeordnetenhaus: im Wahlkreis 7, der sich im Südteil des Altbezirks Wedding vom Brunnenviertel bis zum Sprengelkiez streckt. Der ging zwar 2016 mit einem deutlichen Vorsprung von 11 % an die sozialdemokratische Schulexpertin Dr. Maja Lasic. Wenn aber, wie die Prognosen von Ende Mai besagen, die Grünen in Berlin einen Stimmenzuwachs von 10 % und mehr einfahren und die SPD gleichzeitig etwa 2 % verliert, dann wäre die bisherige grüne Fraktionsvorsitzende ins Abgeordnetenhaus gewählt und nicht in die BVV.

Sucht man auf der grünen BVV-Liste aber nach weiteren Kandidatinnen oder Kandidaten mit kommunalpolitischer Erfahrung, muss man lange Ausschau halten. Erst auf Platz 17 kommt die derzeitige Geschäftsführerin der Fraktion Ingrid Bertermann. Das reicht zwar wahrscheinlich aus, ist aber dennoch ein Zeichen für die kritische Stimmung an der grünen Parteibasis. Zwar bewerben sich neben Laura Neugebauer zwei weitere Grüne aus der alten Fraktion aussichtsreich für höhere Aufgaben: Taylan Kurt (früher auch aktiv in der Stadtteilvertretung Turmstraße) kandidiert di-



Geisterräder mit Spukwirkung

Weiß angemalte Fahrräder stehen für im Berliner Straßenverkehr getötete Radfahrer und Radfahrerinnen. Gleich zwei solcher Geisterräder sind Ende Mai in der Innenstadt hinzu gekommen – unmittelbar vor der Kür der grünen BVV-Kandidaten für die Wahl am 26. September.

rekt fürs Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 4 (Moabit Nord und Brüsseler Kiez) und Hanna Steinmüller (seit 2014 im Landesvorstand der Grünen, seit April 2020 auch in der BVV Mitte) sogar im Bundestags-Wahlkreis Berlin-Mitte. Acht der zuletzt nur noch 12 grünen BVV-Fraktionsmitglieder schafften es nicht mehr auf die Liste oder traten erst gar nicht an, nur eine hält auf einem hinteren Listenplatz noch die Stellung. Das könnte man als deutliches Misstrauensvotum der Parteibasis gegen die im Bezirk gemachte Kommunalpolitik interpretieren.

Zum Teil erklärt sich dieser abrupte Generationswechsel der massiven Eintrittswelle der vergangenen Jahre: Seit »Fridays for Future« wächst die Mitgliederzahl der Berliner Grünen rapide und hat inzwischen die 10.000-er Marke klar überschritten. Die Neuen sind dabei überdurchschnittlich jung, weiblich und kommen meist aus anderen Bundesländern. Sie kennen die Feinheiten der »zweistufigen Berliner Verwaltung« also noch nicht.

Lokalpolitische Insider berichten von Flügelkämpfen bei den Grünen und auch im Kreisverband Berlin Mitte. Bei der Kandidatenkür habe sich dann ein Flügel überraschend stark durchgesetzt.

Doch es gibt auch noch ein konkretes Thema, das den Wechsel befeuert haben könnte.

Dass viele der Bündnisgrünen auch häufig Rad fahren, versteht sich. Und gerade in der Hauptstadt sind die Diskussionen über eine fahrradfreundlichere Stadt besonders leidenschaftlich. Die Angst vor dem Radfahren in der Stadt war zur Zeit der Kandidatenkür aber besonders groß. In den Tagen unmittelbar zuvor verstarben nämlich gleich zwei jüngere Radfahrerinnen nach Verkehrsunfällen mit LKWs in der Innenstadt: eine 38-jährige Krankenschwester, nachdem sie zwei Wochen zuvor auf der Greifswalder Straße in Prenzlauer Berg von einem Betonmischer überfahren worden war, und eine 37-jährige Comic-Zeichnerin, die am letzten Mai-Donnerstag auf der Frankfurter Allee von einem Sattelschlepper überrollt wurde. Möglicherweise wurde der ohnehin vorhandene Unmut der Basis dadurch zusätzlich angestachelt, denn die Grünen stellen seit fünf Jahren nicht nur den Bezirksbürgermeister von Mitte, sondern auch die für Verkehr zuständige Bezirksstadträtin sowie im Senat die Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Jetzt wurde der alten BVV-Fraktion für Versäumnisse der Berliner Verkehrspolitik und die damit zusammenhängenden Verkrustungen der Verkehrsverwaltung wohl ein Denkmalszettel präsentiert. Auch das gehört zur Demokratie.

cs



»Kinder und Jugendliche haben den Schwarzen Peter gezogen«

Ein Gespräch mit Ramona Reiser, Bezirksstadträtin für Jugend und Bürgerdienste (Die Linke)

Ramona Reiser, Jahrgang 1985, ist seit 2019 für »Die Linke« Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste in Mitte. Sie studierte Kunstgeschichte und Theaterwissenschaften, arbeitete mehrere Jahre zunächst ehrenamtlich und später auch hauptberuflich für die Bahnmissionsmission Berlin. Von 2016 bis 2018 war sie Mitglied der BVV-Fraktion »Die Linke« in Mitte. Zudem engagierte sie sich in dieser Zeit als gewählte Quartiersrätin im QM Moabit-West.

Frau Reiser, zu Ihrem Ressort gehört auch das Jugendamt, das für einen besonders sensiblen Bereich, nämlich Kinder, Jugendliche und Familien zuständig ist. War dort die Belastung während der Pandemie größer als vorher?

Besorgniserregend ist für uns eher die verdächtige Ruhe, die während der Pandemie herrschte. Bei Gewalt in der Familie melden sich ja selten die Betroffenen selbst. Es sind eher die Lehrkräfte oder Erzieher:innen in Schulen oder Kitas, die im Umfeld Alarmsignale bemerken und uns darauf aufmerksam machen. Die Schulen blieben aber pandemiebedingt lange Zeit geschlossen, sie entfielen also als Partner. Auch die Kitas beklagen den Kontaktverlust zu manchen Familien.

In der ersten Phase der Pandemie war die Belastung für das Jugendamt dagegen besonders hoch, als es darum ging, mit reduziertem Personaleinsatz den Dienstbetrieb überhaupt am Laufen zu halten. Schließlich ist das Jugendamt ja auch für existenzielle finanzielle Leistungen zuständig, die weiterhin ausgezahlt werden mussten.

»Kinder und Jugendliche haben kaum Einfluss auf die Politik«

Kinder und Jugendliche, das wird immer klarer, trafen die Auswirkungen der Pandemie besonders hart. Welche Folgen erwarten Sie, und was hätte besser laufen müssen?

Die langfristigen psychosozialen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sind noch eine echte Grauzone. Man muss aber davon ausgehen, dass das alles nicht folgenlos bleibt, sei es im schulischen oder im psychischen Bereich. Kinder und Jugendliche haben echt den Schwarzen Peter gezogen: Es entfielen fast alle der für sie wichtigen Begegnungs- und Freiräume, selbst Spielplätze waren ja zeitweise geschlossen. Auch für die Gruppe der Abiturient:innen war es nicht leicht, sie mussten zum Beispiel auf so wichtige Ereignisse wie den Abi-Ball verzichten und konnten die Zeit nach der Reifeprüfung nicht für Praktika und Auslandsaufenthalte nutzen. Es hat sich wieder einmal herausgestellt: Kinder und Jugendliche wurden von der Politik nicht gefragt, sie haben, anders als etwa Industrie- und Wirtschaftsverbände, kaum Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung.

Was hätte man bundespolitisch besser machen können?

Zuallererst hätte man Informationen über die Pandemie auch kind- und jugendgerecht aufbereiten müssen. So waren sie alleine schon sprachlich für viele – auch viele Erwachsene übrigens – kaum verständlich. Zum zweiten hätten auch Möglichkeiten für Rückmeldungen geschaffen werden können, damit sich Kinder und Jugendliche selbst äußern können und angehört werden. Mir fiel auf, dass Eltern- oder Lehrer- und Erzieher:innenvertretungen in der öffentlichen Debatte präsent waren. Aber Schüler:innenvertretungen hat man da kaum eine Plattform gegeben.

»Wir konnten das Kinder- und Jugendbüro zuletzt sogar personell ausbauen«

Das Jugendamt Mitte hat schon seit den 90er Jahren einen sehr guten Ruf als besonders engagiert für die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung: Das »Kinder- und Jugendbüro« (KJB) von Mitte gilt als vorbildhaft. Die systematische Beteiligung von Kindern an den Planungen von Spielplätzen oder Jugendeinrichtungen wirkt sich nach unserer Beobachtung sehr positiv aus, sie ist ein echter kultureller Fortschritt.

Das sehe ich auch so. Dem KJB gelingt es sehr gut, die konkreten Verfahren zu gestalten und anschließend den Kindern und Jugendlichen auch eine Rückkopplung über die tatsächliche Umsetzung ihrer Wünsche und Ideen zu vermitteln. Die ist wichtig, denn so überprüfen wir auch, was erreicht wurde und was nicht.

Wir konnten das kommunale KJB zuletzt sogar personell von zwei auf fünf Stellen ausbauen, so dass es jetzt sogar noch besser arbeiten kann. Hinzu kommen temporär arbeitende studentische Kräfte sowie das KJB in freier Trägerschaft beim Moabiter Ratschlag, die in die Verfahren eingebunden sind. Das wurde aber nur möglich, weil in Berlin

seit Beginn 2020 das neue »Jugendförder- und Beteiligungsgesetz« in Kraft ist, das Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur staatlichen Aufgabe macht. Deshalb wächst jetzt auch das Interesse der anderen Bezirke an den Erfahrungen in Mitte. Sie richten jetzt überall Kinder- und Jugendbüros ein.

Vor ihrer Berufung zur Bezirksstadträtin sammelten Sie Basiserfahrungen als gewählte ehrenamtliche Quartiersrätin in Moabit West. Was haben Sie daraus mitgenommen, auch hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten?

Ich hatte, nachdem ich nach Moabit gezogen war, das Bedürfnis, mich im Kiez zu engagieren und ihm damit auch etwas Gutes zurückzugeben. Dort habe ich viele wichtige Kontakte knüpfen können und mitgenommen. Das hat mein Denken mit geprägt. Ich kann das allen nur empfehlen: lokal Kontakte zu suchen, sich zu vernetzen. Die Zeit im Quartiersrat war toll, auch inspirierend. Andererseits merkt man aber auch, dass diese Form von Engagement immer die Gleichen anlockt.

»Wir bräuchten eine gesetzliche Grundlage für besondere Verfahren zur Beteiligung von Migrant:innen«

Auch bei den Stadtteil- und Betroffenenvertretungen, wird immer wieder beklagt, dass Menschen aus migrantischen Communities dort vollkommen unterrepräsentiert sind. Müsste man hier nicht aus den Erfahrungen des Kinder- und Jugendbüros lernen und spezielle Verfahren zur Beteiligung von Migrant:innen entwickeln?

Wenn im Bezirksamt über solche und ähnliche Vorschläge geredet wird, finden die alle immer gut und richtig. Aber sie fragen dann, wie sie finanziert werden sollen. Dazu bräuchten wir, ähnlich wie beim Jugendförder- und Beteiligungsgesetz, auch eine gesetzliche Grundlage für zielgruppengerechte Verfahren zur Beteiligung von Migrant:innen. Denn solange diese Verfahren nur als zusätzlicher Aufwand gelten und keine gesetzliche Grundlage haben, wird es schwierig sein, die notwendigen Strukturen aufzu-



bauen. Zumal die Landes- und Bezirkshaushalte für 2022 und die kommenden Jahre wohl eher dürrig ausfallen und wenig Spielräume für solche Zusatzaufgaben zulassen werden.

In Ihren Zuständigkeitsbereich fällt auch das Bürgeramt. Die Bürgerämter machten in den letzten Jahren vor allem durch lange Terminwartelisten Schlagzeilen, besonders schlimm war es immer unmittelbar vor den Sommerferien. Ist dort inzwischen eine gewisse Entlastung spürbar, weil jetzt mehr Bürgeranliegen als zuvor auch digital und online bearbeitet werden können?

Auch im Bürgeramt hat uns die Pandemie natürlich große Probleme bereitet. Da aber alle Berliner Bezirke bei der Terminvergabe kooperieren, kann man nicht so genau sagen, in welchem Bezirk es gerade besonders hakt. Derzeit sind alle gemeinsam im Gespräch mit der Senatsverwaltung, um eine Zielvereinbarung für die Bürgerämter zu schließen. Das sollte möglichst noch vor den Wahlen geschehen. Wir erhoffen uns dadurch eine Verbesserung der Situation.

In Mitte kommen dazu noch neue Aufgaben wie die Vergabe von Parkvignetten für die neuen Zonen der Parkraumbewirtschaftung in Moabit und Wedding. Das belastet natürlich unsere Kapazitäten, auch wenn uns elektronische Antragsverfahren bei der Arbeit helfen.

Frau Reiser, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Foto links: Die Vergabe von Parkvignetten fordert die Kapazitäten der Verwaltung

Foto oben: Kinder und Jugendliche wurden in der Pandemie besonders belastet

ECKENSTEHER

Adieu, Bündnis

Frank Bertermann steht nicht mehr auf der Wahlliste der Grünen-Fraktion in Mitte

Ende Mai kamen die Bündnisgrünen von Mitte im Poststadion zusammen, um ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die BVV zu küren. Zwar waren die Flügelkämpfe bei den Mitte-Grünen kein Geheimnis, dennoch glich das Wahlergebnis einem unerwarteten Paukenschlag: Auf der Liste findet sich kaum noch ein Name aus der bisherigen BVV-Fraktion. Und die vielleicht größte Überraschung: Auch Frank Bertermanns Name fehlt. Zwar trat er zur Wahl an, erhielt aber nicht die notwendige Mehrheit. Kann man das, Flügelkämpfe hin oder her, anders deuten als einen unverblühten Affront?

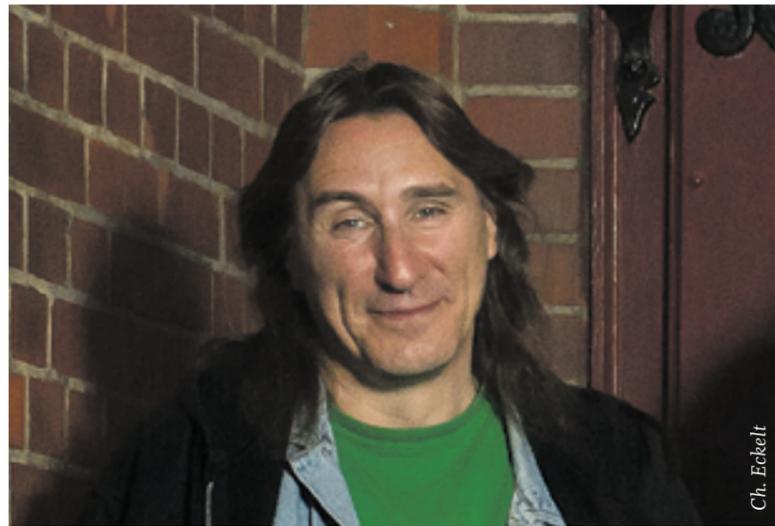
Viele Außenstehende können das nicht nachvollziehen, und zwar parteiübergreifend. Auch der Stadtrat für Stadtentwicklung Ephraim Gothe (SPD) zeigte sich ziemlich konsterniert – schließlich schätzt er Bertermann als fachlich überaus kompetenten Stadtentwicklungsexperten, der auch in Kontroversen sachlich und fair bleibt.

Bertermanns Kompetenz ist unbestritten und kommt nicht von ungefähr, zugleich erinnert seine Biographie auch daran, warum seine Partei Bündnis90/Die Grünen heißt. »Urgestein« nennt man Leute wie ihn wohl, nicht ganz treffend, verwurzelt wäre passender.

Politisch sozialisiert, so sagt er, wurde er noch in der DDR-Bürgerbewegung »Demokratie jetzt«, vor allem ging es ihm um die Wohnungspolitik. Die gewann in der Zeit des DDR-Umbruchs und in den frühen 90er Jahren ganz besonderes Gewicht in den Ostberliner Altbauvierteln, die großteils dem Verfall anheimgegeben waren, manche Straßenzüge waren bereits für den Abriss vorgesehen. Es war die große Zeit der Hausbesetzungen und der Bürgerinitiativen, zugleich wurden erste Nothilfeprogramme – etwa das 25-Millionen-Programm des Senats für Selbsthilfshäuser – aufgelegt.

Auch in der Spandauer Vorstadt in Ostberlins Mitte, wo Bertermann damals wohnte, gab es eine Bürgerinitiative, die sich erst gegen die drohenden Abrisse und dann gegen Spekulanten zur Wehr setzte. Die Spandauer Vorstadt gehörte dann auch zu den ersten Sanierungsgebieten in Ostberlin, und dazu gehörte wiederum eine ordentlich gewählte Betroffenenvertretung. Neben Uschka Thierfelder gehörte auch Frank Bertermann zu deren Sprechern.

Neuland war das – für alle, die da in den monatlichen Beiratsrunden des Sanierungsgebiets saßen: für uns Ostberliner Laien, denen die Fachbegriffe des westdeutschen Sanierungsrechts um die Ohren flogen, für den Sanierungsbeauftragten Hartwig Dieser und sein Büro KoSP, die allesamt



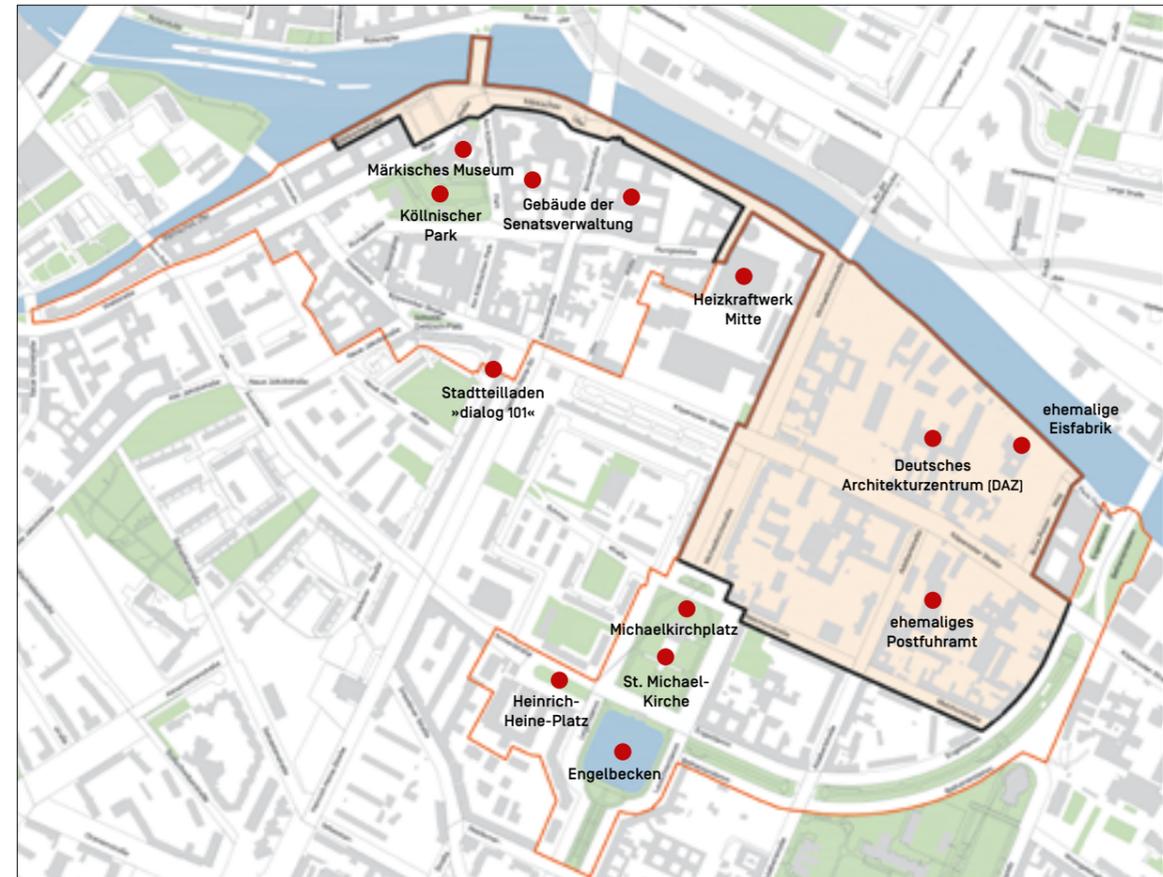
Ch. Eckelt

in der Westberliner Stadterneuerung sozialisiert waren und für die der Osten neu war; für das Stadtplanungsamt Mitte, das sich ebenfalls erst in das neue Regularium einarbeitete, für die frisch gegründete Mieterberatungsgesellschaft und auch für die junge Ostberlinerin Sabine Krutzsch, die nun in der Senatsbauverwaltung für das Sanierungsgebiet zuständig war.

Bertermann erlebte Stadtentwicklung quasi von der Pike auf: als Mitglied der BV Spandauer Vorstadt, ab 1994 als Bürgerdeputierter im Stadtentwicklungsausschuss in der damaligen BVV, der er mit einer kleinen Unterbrechung während der Bezirksfusion 2001 seit 1995 nahezu ununterbrochen angehörte. Seit einigen Jahren ist er Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses (das sagt auch etwas aus über die Fähigkeit zum sachlichen Aushandeln und zum Kompromiss) und seit 2019 Vorsteher der BVV, und eine Zeitlang war er auch wieder Mitglied einer Stadtteilvertretung – diesmal in Moabit.

Beobachtet man lange die Politik, im Großen wie im Kleinen, kann man viele erleben, die sich im Laufe der Zeit verändern, den Geschmack der Macht entdecken, an Erdung verlieren. Die nach und nach Netze und Bündnisse eher für eigene Zwecke schmieden, die ihre »Truppen« um sich scharen und auf Twitter und Facebook ihre Follower. Bertermann gehört nicht dazu. Nicht nur, weil er sich bis heute dem Twittern und dem Sog von Social Media verweigert. Bestens vernetzt ist er zwar, aber nie für den Selbstzweck – seine Bodenhaftung ist geblieben, und viel mehr interessieren ihn die vielen Initiativen in den Kiezen, da unten »an der Basis«, wie man so schön sagt. Verbogen hat er sich nie, nicht in der DDR und auch später nicht, auch wenn er manchmal mit seiner etwas robusten Art bei zarteren Gemütern aneckt. Aber Geschwurbel liegt ihm nicht – klare Haltung, klare Sprache.

Um Frank Bertermann muss man sich sicher keine Sorgen machen. Aber eine Fraktion, die sich so leichtherzig und radikal von allen verabschiedet, die Erfahrung und Kompetenz mitbringen – die gibt einem schon zu denken. us



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Jan Schlaffke
jan.schlaffke@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat IV C – Stadterneuerung
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr
im Stadteilladen »dialog 101«

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt

Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten

Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 44 33 81 25
www.mieterberatungpb.de



ECKENSTEHER

Die neue Gretchenfrage

Es herrscht Krieg in diesem Land, und sagen Sie jetzt bitte nicht, Sie hätten das nicht gar nicht mitgekriegt vor lauter Begeisterung über die sinkenden Corona-Zahlen.

Aber wenn die Corona-Zahlen sinken, brauchen die Medien flugs etwas anderes, was durchs mediale Dorf gejagt werden kann. Und so wird, jawohl, der »Krieg der Sternchen« (SPIEGEL) ausgerufen, oder der »Krieg der Sternchen« (ZEIT), oder auch, wie der STERN schreibt, der »Krieg der Sternchen«, den jetzt übrigens auch die Tagesschau und das ZDF entdeckt haben, während wiederum der rbb launig vom »Krieg der Sternchen« spricht usf.

Das Wortspiel mit dem Genderstern scheint einfach unwiderstehlich zu sein. Und kaum fallen die Masken, ist auch gleich wieder Schaum vorm Mund: Da wird gleich das ganz große Besteck (»Krieg!«) gezückt, wo es lediglich um unterschiedliche Ansichten zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch geht. Also um den Einsatz des Gendersternchens, wenn Männlein, Weiblein und alle, die nicht das eine oder andere sind, gleichermaßen gemeint sind bzw. angesprochen werden sollen. An dieser Stelle würde man in Berlin normalerweise sagen: Meine Fresse, hamses nicht ne Nummer kleiner? Aber nein, kleiner isses hierzulande nicht zu haben, das Sternchen mutiert zur neuen Gretchenfrage: Sag, wie hältst Du's mit dem Sternchen? Oder, wahlweise, dem Doppelpunkt / Gender-Gap / Bandwurmsätzen/holprigen Gerundivkonstruktionen (»Liebe Zuhörende«)? Vergessen Sie übrigens das große I, das ist sowas von out, manche meinten darin gar ein Phallussymbol zu sehen – was einigermaßen erstaunlich ist, schließlich hatten ja gerade Feministinnen mal das große I durchgesetzt.

Oh, glückliche Briten, Franzosen, Russen, Spanier, Ihr müsst Euch nicht mit solchen Debatten herumschlagen, aber Ihr hattet ja auch keine Rechtschreibreform. Und Ihr habt auch andere Probleme. Hät-

ten wir zwar auch, aber darum geht's ja nicht. Sondern, wie so oft in Deutschland, es geht mal wieder ums Prinzip.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es war höchst überfällig, dass Menschen, die sich nicht eindeutig als Männer oder Frauen definieren, dazu auch nicht mehr vom Staat genötigt werden, ob das den Pass betrifft oder den Fragebogen.

Es ist aber eine andere Frage, ob man eine Sprachdebatte gleich zum Glaubenskrieg hochjazzt, oder vielmehr: zum Wertekrieg, wie ich neulich las: Ob man das Sternchen benutze oder nicht, die Sprachpause (»Leser ... innen«) setzt oder nicht, sage etwas aus über die Haltung und die Werte des Schreibenden bzw. Sprechenden. Ist aber jede, die das Sternchen nicht benutzt, eine verbohrt, rückwärtsgewandte Antifeministin, und jeder, der die Pause mitspricht, je nach Gretchen-Perspektive ein verbohrt Akademiker oder vorbildlicher Feminist?

Und wenn schon prinzipiell: Warum dann nicht gleich die große Reform? Aber in Deutschland doktort man lieber hier und da mit Reförmchen herum, die anschließend nochmal halb zurückgenommen werden, bis am Ende keiner mehr durchsieht. Zur vollständigen Eszett-Abschaffung konnte man sich ebensowenig durchringen wie jetzt zu einer radikalen Lösung, die eigentlich einfach wäre: Alle Personenbezeichnungen enden auf -i (also wie schon bei Studi auch Lehri, Schüli, Arbeits etc.), alle Pluralformen auf -is (Lehris), alle bestimmten Artikel (deren willkürlicher Gebrauch sowieso nur verwirrt) werden durch »das« ersetzt, alle unbestimmten durch Zahlen, also 1 Stuhl, 1 Tür etc.). Fertig ist das Laube.

Aber klar: es lässt sich natürlich wunderbar über Werte debattieren, ohne so profane Dinge wie Geld auch nur zu erwähnen. Dinge wie Ehegattensplitting, Besteuerung Alleinerziehender oder der berühmte 20% Gehalts-Gap – jene 20%, die Frauen im Schnitt weniger in der Lohntüte haben als Männer in gleicher Position. Oder, wie eine Bekannte neulich ganz unakademisch kommentierte: »Solange ick weniger verdiene als mein Kollege, können die sich ihr Sternchen sonstwohin stecken.«

Tja, liebe Genoss*innen, wie war das noch gleich? Das Sein bestimmt das Bewusstsein.